

## Argumentarium zur Chaos-Initiative (10-Mio-Schweiz)

Die Volksinitiative zielt darauf ab, die Schweizer Wohnbevölkerung auf **unter zehn Millionen zu begrenzen**. Schon beim Überschreiten der Neuneinhalb-Millionen-Grenze vor 2050 müssten der Bundesrat und das Parlament Massnahmen ergreifen, damit die Zehn-Millionen-Grenze nicht erreicht wird. Bei einem Überschreiten der zehn Millionen müssten internationale Übereinkommen auf den nächstmöglichen Termin gekündigt werden. Nach zweijähriger Überschreitung der Zehn-Millionen-Grenze wäre das Freizügigkeitsabkommen mit der EU zu kündigen.

Dies würde den **Arbeitskräftemangel** verschärfen, die **Stabilität** und Zuverlässigkeit unseres Landes sowie die internationalen Beziehungen gefährden. Unser Lebensstandard, die Rechtssicherheit und unsere Innovationsfähigkeit wären gefährdet. Die GLP sagt NEIN zu einer solchen Symbolpolitik, aber ja zu **pragmatischen, nachhaltigen** und **wirtschaftlich verantwortungsvollen** Lösungen. Es drohte ein Chaos in der Schweiz.

**In einem Satz:** *Wir dürfen den Wohlstand der Schweiz nicht aufs Spiel setzen, wo doch echte Lösungen existieren.*

### 1) Hauptargumente

#### a) Arbeitskräftemangel in Schlüsselbranchen und Auswirkungen auf die Vorsorge

Die Initiative würde der Schweiz den Zugang zu Talenten und Arbeitskräften aus der EU versperren, die wir dringend benötigen, und das in einer Zeit, in der der Personalmangel bereits die Qualität unserer Dienstleistungen und unser Wachstum bedroht. Schlüsselbranchen wie das Gesundheitswesen (1/3 des Personals stammt aus dem Ausland), das Baugewerbe und der öffentliche Dienst wären besonders betroffen.

Vorsorge (AHV/BVG): In einer alternden Gesellschaft verschlechtert sich das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnerinnen und Rentnern zunehmend. Eine Wirtschaft mit Personalmangel bedeutet:

- weniger Beitragszahler
- weniger Wachstum und damit weniger Steuereinnahmen
- mehr Druck auf die Finanzierung der Sozialversicherungen

**Fazit:** Die Einwanderung ist eine Notwendigkeit, damit unsere Spitäler und Pflegeheime funktionieren, unsere Wohnungen gebaut werden können und unsere Vorsorge finanzierbar bleibt.

#### b) Eine existenzielle Gefahr für den bilateralen Weg

Die Initiative beauftragt den Bundesrat ausdrücklich, das Abkommen zur Personenfreizügigkeit bei anhaltender Überschreitung der Zehn-Millionen-Grenze zu kündigen. Dies wäre eine Abkehr vom bilateralen Weg – obwohl dieser uns Wohlstand, Stabilität und Marktzugang garantiert. Und dank dem auch Schweizerinnen und Schweizer einfach in der EU studieren, forschen und arbeiten können.

- **Systemisches Risiko:** Eine starre Personen-Obergrenze bedroht direkt die Personenfreizügigkeit und durch einen Dominoeffekt das gesamte bilaterale Paket. Für eine offene Wirtschaft wie die der Schweiz sind die möglichen Kosten sehr hoch. Eine Annahme der Initiative: brächte Unsicherheit, verminderte die Attraktivität unseres Landes und wirkte als Innovationsbremse.
- **Der bilaterale Weg hat sich bewährt:** Er bringt der Schweiz Stabilität und Wohlstand. Tatsächlich profitiert unser Land am meisten vom europäischen Binnenmarkt.

- **Überflüssig und gefährlich:** Mit den Bilateralen III werden wir eine Schutzklausel gegen übermässige einführen können. Die Chaos-Initiative hingegen stürzt die Schweiz rasch in grosse Probleme. Es käme zu Personalmangel in Heimen und Spitälern. Die Initiative führte zu einem starren Automatismus in der Verfassung, statt zu regional flexiblen Instrumenten, mit denen wir auf tatsächliche Spannungen punktgenau reagieren könnten

**Fazit:** Wir brauchen Arbeitskräfte und stabile, berechenbare Beziehungen zu Europa. Sie sind die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz. Diesen zu riskieren, statt mit den Bilateralen III eine Schutzklausel einzuführen, die den Fachkräftemangel nicht noch weiter verschärft, wäre schädlich für unser Land.

#### c) Willkürlich und föderalismusfeindlich

Die Schwelle von zehn Millionen ist völlig willkürlich gesetzt. Die Überschreitung dieser Grenze brächte weder Probleme, noch hätte die Situation lange Bestand. Denn wie in den allermeisten Industrieländern auch für die Schweiz schon heute absehbar, dass unser Bevölkerungswachstum nicht mehr lange anhält, sondern die Einwohnerinnen und Einwohner auch bei uns in einigen Jahren stark zurückgehen dürfte. So ist die Verankerung eines Zuwanderungsdeckels in der Verfassung die völlig falsche Antwort auf eine dynamische Entwicklung, die zudem kurzfristig auch stark davon abhängt, wie gut unsere Wirtschaft läuft. Zudem schränkte sie die Kompetenzen der Kantone und Gemeinden ein.

- **Eine altbekannte Debatte:** Ängste vor einer «Überbevölkerung» der Schweiz kamen schon mehrfach auf. Sie haben sich aber nie als berechtigt bestätigt. So wurden sie mit der Ecopop-Initiative befeuert, die vom Volk klar abgelehnt wurde. Auch damals zeigte sich, dass auf komplexe Herausforderungen beim Wohnen, der Raumplanung, bei Mobilität und Integration die Bevölkerungsbegrenzung keine Lösungen bringt.
- **Warum zehn Millionen?** Warum eine Momentaufnahme in der Bevölkerungsentwicklung in Stein meisseln, während sich Demografie, Wirtschaft, Technologie und der Arbeitskräftebedarf weiterentwickeln? Woher wissen wir, dass eine Schweiz mit 9,1 Millionen Einwohnenden besser ist als eine mit 10,1 Millionen?
- **Verwechslung der Ursachen:** Die Chaos-Initiative stellt eine Kausalität in den Raum, die es nicht gibt. Mehr Zuwanderung bringt nicht automatisch weniger bezahlbaren Wohnraum. Herausforderungen unserer Zeit wie beim Wohnen oder wegen überlasteter Züge und Strassen sind nicht die natürlichen Folgen der Migration, sondern haben ganz verschiedene Ursachen. Fehlendes Geld, falsche Planung, zu lange Baubewilligungsverfahren oder die föderale Prioritätensetzung.
- **Eingriff in die kantonalen Entscheidungsfreiheiten:** Die Schweiz funktioniert so gut, weil jede Ebene für das die eigene Zuständigkeit trägt, das sie auch betrifft. Wenn städtische Kantone verdichten, in die Höhe bauen und Verfahren beschleunigen wollen, sollen sie dies tun können. Wenn andere Kantone bestimmte Bauvorhaben einschränken oder Gebiete erhalten wollen, sollen sie das ebenfalls tun können. Eine starre Verfassungsnorm zwingt sehr unterschiedlichen territorialen Realitäten eine einheitliche Logik auf.

**Fazit:** Statt unser Land erstarren zu lassen, sollten wir Bund, Kantone und Gemeinden ihre flexiblen Handlungsspielräume lassen. Unser Erfolg rührt eben genau nicht daher, dass Bern alles bestimmt.

#### d) Kontraproduktiv für Sicherheit und Asyl

Mehr «Härte» in der Migrationspolitik klingt zwar nach mehr Kontrolle, führt aber nicht zwingend zu mehr Kontrolle, mehr Sicherheit, sondern vielleicht auch bloss zu mehr administrativem Chaos.

- **Innere Sicherheit:** Die Schengen/Dublin Abkommen mit der EU könnten bei einer Annahme der Initiative bedroht sein. Die Schweiz würde dann ohne polizeiliche Zusammenarbeit mit Europa dastehen, die jedoch für die Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität, illegaler Einwanderung, organisierter Kriminalität und Terrorismus unerlässlich ist.

- **Asyl:** Die Abkommen von Schengen/Dublin verhindern, dass die über 300'000 Asylgesuchsstellenden, deren Anträge jedes Jahr in der EU abgelehnt werden, in der Schweiz einen neuen Asylantrag stellen würden. Ein Verzicht auf diese Abkommen würde Chaos auslösen. Die jüngsten Erfahrungen im Vereinigten Königreich, wo die Asylanträge explosionsartig zunehmen, zeigen dies

**Fazit:** Die grossen Probleme im Bereich Kriminalität und Asyl lassen sich auf der Ebene der europäischen Zusammenarbeit lösen. Ein Ausschluss machte die Schweiz unsicherer.

## 2) Nein sagen ≠ Pro-Status-quo

Ein Nein zu dieser Initiative bedeutet nicht, bestehende Herausforderungen zu ignorieren: Druck auf den Wohnungsmarkt, die Infrastruktur, die Integration und die Raumplanung bestehen. Die GLP nimmt diese Herausforderungen ernst, gerade weil sie wirksame Lösungen anstrebt, die mit unserem Wohlstand vereinbar sind.

Hier sind die Lösungen der GLP:

- Das Potenzial der einheimischen Arbeitskräfte ausschöpfen (z. B. durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf), um weniger auf Einwanderung angewiesen zu sein
- Integration fördern und einfordern.
- Die intelligente und nachhaltige Nutzung der Infrastruktur verbessern.
- Entwicklungshemmnisse beseitigen.
- Steuerliche Anreize für mehr und längere Erwerbsarbeit schaffen.
- Den Wohnraum effizienter nutzen und Wohnraum für die Mittelschicht und Menschen mit geringem Einkommen schaffen.

Weitere Informationen: Papiere zu [Demografie](#) und [Wohnbau](#)

